Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebener Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 249 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 24. Oktober 1934

Kinder und Steuern.

Wir haben einmal im Deutschland der Nachkriegszeit einen Reichsfinanzminister gehabt — er war der erste deutsche Reichsfinanzminister überhaupt —, der vor dem Reichstag unter lautem Jubel der offenen oder versteckten Marxisten äußern durfte: „Ich will durch meine Steuerpolitik erzielen, daß das deutsche Volk ein armes Volk wird!" Und die ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit hat schon in ein paar Jahren dazu geführt, daß jenes Wort des allerersten deutschen Reichsfinanzministers Erzberger zur vollen Wahrheit wurde! Die Führung des neuen Deutschland denkt und handelt hier allerdings ganz wesentlich anders! Das neue Deutschland will ganz zielbewußt in seiner Steuerpolitik nicht allein den „Fiskus" sprechen lassen wie das früher der Fall gewesen ist, sondern dieser Fiskus, die Reichskasse, das finanzielle Reichsinteresse hat sich, soweit die allerdringlichsten Lebensnotwendigkeiten der Nation und des Staates dies irgendwie zulassen, auch solchen anderen Notwendigkeiten zu fügen, die in die Zukunft schauen.

Wir haben es erlebt, wie auf der einen Seite die wirtschaftsfreundliche Einstellung der neuen Reichssteuerpolitik ihre Früchte trug in der Verminderung der Steuerlast, die auf dieser Wirtschaft ruhte; auch der Fiskus selbst dürfte über diese Folgen ganz außerordentlich zufrieden sein! Kann er doch mit einer Mehreinnahme von rund 1 Milliarde Mark für das Jahr 1934 rechnen, — der Haushalt des Reiches ist also ausgeglichen, ist sogar mehr als nur dies! Und gerade eine solche Festigkeit des Haushaltes ist von großer Bedeutung auch für die Festigkeit unserer Währung.

Politik treiben heißt nicht nur die Kräfte im Staat richtig beurteilen und richtig einsetzen zu können, sondern Politik heißt auch, vorauszusehen vermögen! Im Hinblick auf das ganze Volk ist hier eben das Wichtigste eine energisch zugreifende Bevölkerungspolitik. Gewiß ist das beste Mittel dieser Politik heute die Arbeitsbeschaffung, aber auch die Steuerpolitik selbst ist hier von außerordentlich großer Bedeutung. Ganz charakteristisch ist von der Regierung auch immer dann, wenn Steuerreformpläne angekündigt oder, wie das jetzt geschehen ist, durchgeführt wurden, dieser bevölkerungspolitische Gesichtspunkt in den Vordergrund gestellt worden. Nach außen hin ist dies auf den ersten Blick meistens nur dadurch sichtbar, daß bei der Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und nun auch bei der Bürgersteuer mehr oder minder große Kinderermäßigungen eingeführt oder weitergebildet werden. Das ist auch bei den jetzt vom Kabinett verabschiedeten Steuergesetzen wieder der Fall. Und dabei ist besonders erfreulich, daß dieser Grundsatz der Kinderermäßigungen endlich auch in eine besonders drückende, weil in ihrem Ausbau geradezu „rohe" Steuer hineingetragen worden ist, nämlich in die Bürgersteuer, wo außerdem auch die Freigrenze erhöht wurde. Und schließlich — was man nur zu gerne hört! — sollen diese Maßnahmen den ersten Schritt zum Abbau dieser Steuer bedeuten.

Die kleinen Einkommensbezieher also, und unter ihnen wieder die Kinderreichen, erhalten eine Erleichterung ihrer bisherigen Steuerlast; sind doch nicht bloß die Kinderermäßigungen selbst wesentlich erhöht, sondern die beiden neuen Korrekturen für die Bürgersteuer führen endlich auch den hier besonders notwendigen sozialen Gesichtspunkt ein: denn ein Familienvater z. B. mit drei Kindern und einem Monatseinkommen von 150 Mark zahlte bisher 30 Mark Bürgersteuer, künftig zahlt er aber nur noch 10 Mark! Wo aber der Steuerzahler mit jedem Pfennig zu rechnen hat, bedeutet eine derartige steuerliche Ermäßigung eine ganz bedeutende Freisetzung von Einkommensteilen für die bessere Befriedigung der eigenen Lebensnotdurft!

Hier greift diese steuerliche Bevölkerungspolitik hinüber zu dem anderen Gesichtspunkt, der, wie gesagt, die Steuerreform auch zum wirtschaftlichen Antrieb, zur Arbeitsförderung, und damit wieder zum besten Mittel der Sozialpolitik machen will und weiter machen wird. Denn das höchste Gut, über das ein Volk verfügt, ist seine Arbeitskraft, und wenn dafür gesorgt wird, daß diese Arbeitskraft in immer größerem Umfange in Anspruch genommen werden kann, dann macht man das Volk erst wahrhaft reich!

Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung .... schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

Hitler. (Programm der NSDAP.)

Bürgerkriegsvorbereitungen in Wien?

Vor einem neuen Aufstand

der Austromarxisten?

Einen aufsehenerregenden Bericht über marxistische Bürgerkriegsvorbereitungen in Wien veröffentlicht das Organ des Wirtschaftsverbandes der Bundessicherheitswachebeamten Oesterreichs „Die Bundespolizei". In diesem Bericht heißt es:

Die Staatsfeinde rüsten; sie rüsten in besorgniserregender Weise, sie rüsten mehr denn je. Reiche Geldmittel müssen ihnen zur Verfügung stehen. Die Quellen sind ja nicht schwer zu erraten, und immer unverhüllter treten sie auf.

Hier sind es in erster Linie Radikalsozialdemokraten und Kommunisten, die sich zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen haben und hemmungslos hetzen und schüren. Zu tausenden werden verbotene Zeitungen und Flugschriften verbreitet. In schwerer Menge werden Waffen über die Grenze nach Oestereich geschmuggelt. Daß der Kampf bevorsteht, und zwar ein heimtückischer meuchelmörderischer Kampf, das beweisen auch die Funde bei Amtshandlungen, die zahlreichen Beschlagnahmungen von Waffen und Sprengmitteln, die illegalen Schriften, die immer offener und ungescheuter verbreitet werden.

Hier verweisen wir insbesondere auf das Hetzblatt „Der Schutzbündler", das in Wien in Tausenden von Exemplaren gedruckt und von Hand zu Hand verbreitet wird, und worin ständig die Aufforderung wiederkehrt: „Schafft Munition für den Kampf, sammelt und spendet für den Wehrfonds des Schutzbundes", und worin ständig die Rubrik wiederkehrt „Nachrichten vom Gegner". Diese Gegner sind selbstverständlich wir, und es läßt tief blicken, wenn in diesen Nachrichten allerhand Einzelheiten über unsere Ausrüstung, Schulung und Unterbringung gebracht werden. Es ist deutlich genug, wenn es heißt: „Kurz ist die Frist, die zur Vorbereitung auf die Kämpfe verbleibt. In Eile müssen unsere Reihen gestärkt, muß die revolutionäre Wehreinheit des Proletariats gefestigt werden." Das ist keine Prahlerei, das sind keine Phrasen, denn die Funktionäre der früheren Sozialdemokratischen Partei, die unausgesetzt weiterwühlen und arbeiten, sagen es ungescheut und offen: In diesem Jahr noch muß die Entscheidung fallen, in diesem Jahr kommt der Entscheidungskampf!

Menschenunwürdige Behandlung eines deutschen Kriegsblinden in Frankreich.

Die Ortsgruppe Völklingen der Deutschen Kriegsopferversorgung des Saargebietes hat an den Internationalen Kriegsteilnehmerverband (IKVDAC.) ein Schreiben gerichtet, das sich für den in Frankreich verhafteten Rathke, einen kriegsblinden Leiter des Wachdienstes der Röchling-Werke im Saargebiet einsetzt.

Rathke war bekanntlich zusammen mit einem anderen Angestellten der Röchling-Werke am 3. Juli d. J. durch ein fingiertes Telegramm über die Grenze nach Lothringen gelockt und dort von der französischen Polizei verhaftet worden. Am 22. August wurde Rathke vom Metzer Gericht zu 18 Monaten und sein Begleiter zu 24 Monaten Gefängnis wegen angeblicher „Spionage" verurteilt. Die beiden Verurteilten hätten, so wird in dem Schreiben betont, nichts getan, was nicht nach dem zwischen Außenminister Barthou und Reichsaußenminister Neurath am 2. Juni 1934 in Genf abgeschlossenen Abkommen als straffrei erklärt worden sei. Rathke habe nur die Interessen der in Elsaß-Lothringen lebenden und abstimmungsberechtigten Saarländer wahrgenommen.

Rathke sei im Gefängnis sehr niedergeschlagen. Man habe ihm im Gefängnis seine Blindenuhr genommen, so daß er sich nicht einmal über die richtige Zeit unterrichten könne. Eine Unterhaltung mit anderen Gefangenen sei ihm nicht möglich, da er die französische Sprache nicht beherrsche. Auch fehle ihm jede Blindenlektüre. Rathke habe sich ferner vor seiner Einkerkerung wegen eines Nieren- und Nervenleidens in ärztlicher Behandlung befunden. Frau Rathke habe wiederholt erklärt, ihr Mann könne die gegenwärtige Lage nicht länger ertragen, so daß sie das Schlimmste befürchte.

„Wir haben nicht die Absicht", so schließt das Schreiben, „um Gnade zu bitten, sondern wir wollen nur die Anwendung rechtlicher und menschlicher Bedingungen". Da das Metzer Gericht am 25. Oktober den Fall aufs neue zu behandeln habe, wird der IKVDAC. gebeten, das Gesuch aus Gründen der Menschlichkeit und Brüderlichkeit weiterzugeben.

Allzu plumpe Separatistentricks.

Neue Fälschungsversuche gegen die Saarabstimmung.

Je näher der 13. Januar 1935 rückt, um so dreister werden die Versuche der Saar-Separatisten, sich das Saargebiet unter dem „Schutz" des Völkerbundes und der landfremden Regierung Knox noch möglichst lange als Zuflucht und lukrative Pfründe zu erhalten. Ihr neuester Trick ist die planmäßig ausgestreute Behauptung, die Abstimmungslisten würden durch Eintragung von längst Verstorbenen oder eben erst Geborenen oder gar durch Doppel- und Vielfacheintragung einunderselben Person zugunsten der Deutschen Front „berichtigt". Infolgedessen könnten diese Listen, behaupten diese internationalen Verbrecher weiter, der Abstimmung überhaupt nicht zugrunde gelegt werden.

Der Dreh ist zu grobschlächtig, als daß er eine praktische Wirkung haben könnte. Leider aber hat sowohl die landfremde Saarregierung als auch die Abstimmungskommission zu diesem üblen Treiben geschwiegen, und das ist um so bedenklicher, als ja die Pariser Presse ihre Weisheit über die Vorgänge im Saargebiet grundsätzlich aus den trübsten Quellen zu schöpfen pflegt. Infolgedessen hat nun einer der besten Kenner des Abstimmungsverfahrens, der Saarbrücker Oberbürgermeister Dr. Neikes, in klaren Darstellungen jene separatistischen Behauptungen

als bewußte Fälschungen und Irreführung der öffentlichen Meinung nachgewiesen.

Selbstverständlich können Fehler, vereinzelte Fehler — unbeabsichtigt — überall und in jedem Verfahren vorkommen. Aber an deren Beseitigung arbeitet ja schon das Einspruchs- und Berichtigungsverfahren, zumal die Deutsche Front begreiflicherweise selbst das größte Interesse daran hat, daß die Listen absolut einwandfrei sind.

Im übrigen kommt es den Abstimmungsgegnern überhaupt nicht auf die Richtigkeit der Listen als vielmehr auf eine möglichst langfristige Ausdehnung der Einspruchsfrist und damit auf eine

Verschiebung des Abstimmungstermins

an. Sehr richtig verweist der Oberbürgermeister darauf, daß sich die Lügen und Unterstellungen der Separatistenclique gegen niemand anders richten können als gegen die Abstimmungskommission selbst, die ja durch ihre Organe die Aufstellung der Listen und die Bearbeitung durchführen läßt. Das hätte also für die Abstimmungskommission um so mehr Anlaß sein müssen, dem Treiben jenes Packs ein Ende zu machen.

Gemeinschaftsempfang des Handwerks.

Eine Anordnung Dr. Leys zum 28. Oktober.

Der Reichshandwerksmeister und Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft 18 (Handwerk) der Deutschen Arbeitsfront, Klempnermeister W. G. Schmidt, gibt folgende Anordnung des Stabsleiters der PO. bekannt:

„Die Sitzung des Reichshandwerkstages am 28. Oktober 1934 wird über alle deutschen Sender übertragen. An den Versammlungen nehmen Meister, Gesellen und Lehrlinge gemeinsam teil. Ich mache es allen NS.-Hago-Mitgliedern sowie der Reichsbetriebsgemeinschaft 18 zur Pflicht, an diesem Gemeinschaftsempfang teilzunehmen. (gez.) Robert Ley."

Vor der Reichstagung des Handwerks.

In der Burg Dankwarderode zu Braunschweig.

Das deutsche Handwerk erwartet zu seiner diesjährigen Reichstagung, die am Sonntag, dem 28. Oktober, in der uralten Burg Heinrichs des Löwen zu Braunschweig stattfindet, insgesamt etwa 120 Ehrengäste, darunter 60 Reichsfachschaftsvorsitzende, die 13 Landeshandwerksmeister, 64 Handwerkskammerpräsidenten und außerdem je einen Meister, Gesellen und Lehrling aus jedem Treuhänderbezirk; diese letzteren sind nach ihrer Beteiligung für die Bewegung und den Staat ausgewählt und vom Reichshandwerksmeister nach Braunschweig eingeladen worden.

Dort werden sich die Ehrengäste nach einem Empfang im Rathaus durch Ministerpräsident Klagges und Oberbürgermeister Dr. Hesse

in feierlichem Zuge zur Burg Dankwarderode

begeben; der Zug wird geführt von dem kommissarischen Reichswirtschaftsminister Reichsbankpräsident Dr. Schacht, dem Stabsleiter der PO., Dr. Ley, und dem Reichshandwerksmeister Schmidt. Nach einer Totenehrung werden die Handwerksmeister durch den Reichshandwerksmeister verpflichtet. Gleichzeitig erfolgt die Verpflichtung